

Niederschrift

über die 28. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 23.01.2025, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Heinsberg
Vorlage: 3244/2025
2. Regionalplan Köln - Aufstellung des Sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)
- Beschluss über die Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung des dritten Planentwurfs
Vorlage: 3247/2025
3. Regionalplan Köln - Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien
- Beschluss über die Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung des Planentwurfs
Vorlage: 3245/2025
4. Bebauungsplan Nr. 127 der Stadt Geilenkirchen - Immendorf - Im Bongert
Geltungsbereich: Fläche in Immendorf, nördlich der "von-Mirbach-Straße", südlich der Straße "Alte Landstraße" und westlich der "Dürener Straße"
- Beratung und Beschluss über die Abwägung der während der öffentlichen Auslegung
gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss des Bebauungsplans Nr. 127 als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB (Satzungsbeschluss)
Vorlage: 3246/2025
5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Einführung eines kostenfreien Citytarifes für alle Linien im öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Stadtgebiet Geilenkirchens"
Vorlage: 3243/2025
6. Befreiung von den Festsetzungen der Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Immendorf hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze
Vorlage: 3229/2024
7. Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Karl-Peter Conrads

Stellvertretender Vorsitzender

2. Herr Manfred Schumacher

Mitglieder

3. Frau Heike Becker
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
6. Frau Christina Hennen
7. Herr Robert Kauhle
8. Frau Ursula Rudzki

Stellvertretendes Mitglied

- | | |
|-----------------------------|---|
| 9. Frau Judith Jung-Deckers | Vertretung für Frau Barbara Slupik |
| 10. Herr Stefan Kassel | Vertretung für Frau Gabriele Kals-Deußen |
| 11. Herr Jürgen Steegers | Vertretung für Herrn Patric Horst Franken |

Sachkundige/r Einwohner/in

12. Herr Heinz Pütz

Sachkundige/r Bürger/in

- | | |
|--------------------------|--------------------------------------|
| 13. Herr Michael Bähr | Vertretung für Herrn Raimund Tartler |
| 14. Frau Sabine Bock | |
| 15. Herr Dietmar Ernst | |
| 16. Herr Marc Houben | Vertretung für Herrn Mario Karner |
| 17. Herr Hubert Laumen | |
| 18. Herr Heinz-Arno Plum | |
| 19. Herr Jörg Stamm | |
| 20. Herr Anton Stumpf | |

von der Verwaltung

21. Frau Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld
22. Herr Beigeordneter Stephan Scholz
23. Herr Michael Jansen
24. Herr Jochen Tichelbäcker
25. Herr René von den Driesch
26. Herr Thomas Reinecke
27. Herr Jannik Königs
28. Frau Susanne Köppl
29. Herr Gunter Wagner
30. Herr Volker Wirtz

Protokollführer

31. Herr Heinz-Hubert Geraths

Entschuldigt:Mitglieder

32. Herr Mario Karner
33. Frau Barbara Slupik
34. Herr Raimund Tartler

Sachkundige/r Bürger/in

35. Herr Patric Horst Franken
36. Frau Gabriele Kals-Deußen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Karl-Peter Conrads, eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung. Er begrüßte die erschienenen Ausschussmitglieder, die Besucherinnen und Besucher, die Pressevertreter sowie die anwesenden Vertreter der Verwaltung. Anschließend stellte der Ausschussvorsitzende die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest und informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass Einwände gegen die Niederschrift über die 27. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung nicht erhoben worden seien.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Heinsberg

3244/2025

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies man darauf hin, dass im Sozialzentrum in Bauchem derzeit mehr als 70 Personen wohnen und es gerade in den Ferienzeiten keine ausreichenden Busverbindungen gebe. Daher solle man in der Stellungnahme die Notwendigkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln an dieser Stelle darstellen und somit für eine bessere Angliederung der Bewohner und Bewohnerinnen des Sozialzentrums sorgen.

Herr Beigeordneter Scholz erklärte, dass man diesbezüglich im Vorfeld mit der WestVerkehr in Kontakt getreten sei. Es gebe dort in unmittelbarer Nähe zwei Bushaltestellen, deren Bedienung durch insgesamt sechs Buslinien erfolge. Die Verwaltung nehme die Anregung in die Stellungnahme auf.

Weiter erklärte er, dass ebenfalls das Angebot des Multibusses genutzt werden könne. Die Grünen wiesen darauf hin, dass der Multibus oft lange Wartezeiten habe.

Der städtische Behindertenbeauftragte erklärte, dass er im Rahmen einer weiteren Stellungnahme zum Nahverkehrsplan in die Gespräche mit einbezogen werde und entsprechend die Interessen von Menschen mit Behinderungen Berücksichtigung finden würden.

Frau Hafers-Weinberg sah die öffentliche Verkehrsanbindung an dieser Stelle auch als unzureichend an. Zudem erklärte sie, dass auch oft ein Taxi bereits ein Tag vorher gebucht werden müsse.

Seitens der Bürgerliste sprach man die Situation in Teveren an. Hier explizit in der Straße Sisbenden und der Pfarrer-Claaßen-Straße. Auch hier solle man für eine Verbesserung der Verkehrsanbindung sorgen. Herr Beigeordneter Scholz berichtete, dass man das auch bereits mit der WestVerkehr erörtert habe und man dies auch in der Stellungnahme berücksichtigen werde. Weiter wurde seitens der Bürgerliste angeregt, die Anbindung in Nirm und Kraudorf zu verbessern.

Die FDP erkundigte sich danach, von wann die Bedarfsschätzung sei, welche als Grundlage für den Nahverkehrsplan diene. Seitens der Verwaltung werde man sich diesbezüglich erkundigen und die Information nachreichen.

Im Nachgang zur Sitzung hat man dazu folgende Informationen erhalten:

„Bezüglich der Fragestellung, wie aktuell die Bedarfszahlen zur Grundlage für die Linienplanung sind, wurde auf Nachfrage seitens des Kreises Heinsberg (Träger des ÖPNV) und des Verkehrsbetriebes WestVerkehr mitgeteilt, dass es sich um aktuelle Bedarfszahlen handele. Die Bedarfszahlen würden seitens der WestVerkehr unterjährig mehrfach ermittelt.“

Weiter erkundigte man sich von Bündnis 90/Die Grünen danach, ob es eine Übersicht gebe, welche Buswartehallen städtisch bzw. von der WestVerkehr seien und welche Möglichkeit es gebe, weitere Buswartehallen zu errichten.

Herr Beigeordneter Scholz erklärte, dass es eine Übersicht gebe. Wenn weitere Buswartehallen errichtet würden, müsse das die Stadt Geilenkirchen realisieren und auch vollumfänglich die Kosten dafür tragen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss möge über den Entwurf der Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) des Kreises Heinsberg beraten und Stellung nehmen. Es wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, der Stellungnahme der Verwaltung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu folgen und diese zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

**TOP 2 Regionalplan Köln - Aufstellung des Sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)
- Beschluss über die Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung des dritten Planentwurfs**

3247/2025

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Geilenkirchen beschließt die Stellungnahme und beauftragt die Verwaltung, diese Stellungnahme bei der Bezirksregierung Köln im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung zur Aufstellung des Teilplans, Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) fristgerecht einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

**TOP 3 Regionalplan Köln - Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien
- Beschluss über die Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung des Planentwurfs**

3245/2025

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass ihre Fraktion den Begründungen zu HS_06 und HS_07 nicht zustimmen werde. Es könne nicht sein, dass die Windenergieanlagen nicht errichtet würden, weil diese die Umsetzung des geplanten Future Site InWest-Areals, welche mehr als fraglich sei, beeinträchtigen würden. Zudem sehe man die Begründung, dass die Immissionen der Windenergieanlagen für die Wohnbebauung zu großen Beeinträchtigungen führen würden nicht als Argument, da die Immissionen des Industriegebietes um ein vielfaches höher seien.

Die CDU vertrat den Standpunkt, dass das Industriegebiet gegenüber zwei Windenergieanlagen höhere Priorität genieße.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Geilenkirchen beschließt die Stellungnahme zur öffentlichen Auslegung im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans Köln, Teilplan Erneuerbare Energien und beauftragt die Verwaltung, diese Stellungnahme bei der Bezirksregierung Köln fristgerecht einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	3
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

- TOP 4 Bebauungsplan Nr. 127 der Stadt Geilenkirchen - Immendorf - Im Bongert
Geltungsbereich: Fläche in Immendorf, nördlich der "von-Mirbach-Straße",
südlich der Straße "Alte Landstraße" und westlich der "Dürener Straße"
- Beratung und Beschluss über die Abwägung der während der öffentlichen
Auslegung
gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen
Stellungnahmen
- Beschluss des Bebauungsplans Nr. 127 als Satzung gem. § 10 Abs. 1
BauGB (Satzungsbeschluss)**

3246/2025

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Abwägung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 127 der Stadt Geilenkirchen wird gemäß den Planunterlagen nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Einführung eines kostenfreien Citytarifes für alle Linien im öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Stadtgebiet Geilenkirchens"

3243/2025

Die Grünen stellten den Antrag vor.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde erklärte die CDU, dass der Antrag nicht umsetzbar sei. Aufgrund der angespannten Haushaltslage sei dies nicht finanzierbar. Auch hätten einige Städte versucht, solch ein Projekt umzusetzen, welche bereits die Umsetzung aufgrund der Kosten wieder eingestellt hätten.

Seitens der FDP begrüßte man grundsätzlich den Antrag, sah aber die Finanzierung auch als große Hürde an. Weiter sah man die Gefahr, dass sich die Situation für den Einzelhandel verschlechtern könne, da Kunden nicht mehr kommen würden, wenn diese Gebühren für Parkplätze zahlen müssten. Zudem wurde nachgefragt, durch welche freiwilligen Leistungen das Projekt finanziert werden solle.

Die Grünen verwiesen bezüglich der Finanzierung auf die Auflistung der freiwilligen Leistungen im Haushalt. Weiter habe man 30 Jahre auf kostenlose Parkplätze gesetzt und dieses Konzept sei nicht aufgegangen. Auch brachten sie Beispiele vor, welche Einnahmen durch die Erhebung von Parkgebühren erzielt werden könnten.

Es wurde betont, dass es darum gehe, die Verwaltung zunächst damit zu beauftragen Kosten zu ermitteln.

Die Bürgerliste plädierte dafür, zunächst das Mobilitätskonzept abzuwarten.

Darüber hinaus sahen die Bürgerliste und die CDU es als rechtlich unmöglich an, das Projekt umzusetzen.

Die CDU sah es ebenfalls als sinnvoll an, das Mobilitätskonzept abzuwarten. Zudem seien die Investitionskosten hoch und es werde auch mehr Personal benötigt.

Die SPD begrüßte den Antrag der Grünen und schlug vor, durch die Verwaltung die Kosten ermitteln zu lassen.

Die Bürgerliste erkundigte sich nach dem Sachstand des Mobilitätskonzepts. Herr Beigeordneter Scholz berichtete, dass der Lenkungskreis vor Weihnachten getagt habe und ein mögliches Entwicklungsszenario definiert worden sei. Als nächstes werde die Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der WestVerkehr GmbH als verantwortliches Verkehrsunternehmen mit dem Ziel zu führen, den öffentlichen Personennahverkehr in Geilenkirchen für alle Bürgerinnen und Bürger möglichst kostenfrei zu bereitzustellen. Die Ergebnisse aus diesen Gesprächen und zu ermittelnden Gesamtkosten sind dem Fachausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	13
Enthaltung:	1

Mehrheitlich abgelehnt.

TOP 6 Befreiung von den Festsetzungen der Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Immendorf hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze

3229/2024

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Befreiung von den Festsetzungen der Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Immendorf hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze wird antragsgemäß erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 7 Anfragen

Herr Steegers erkundigte sich danach, ob im Bereich zwischen Süggerath/Würm an der L364 bzw. der Bahn eine PV-Freiflächenanlage geplant sei.

Herr Beigeordneter Scholz erklärte, dass sich eine Grundstückseigentümerin, welche eine Fläche in diesem Bereich besitzt, gemeldet habe und sich nach der Möglichkeit der Realisierung einer solchen Anlage erkundigt habe. Die Eigentümerin habe die Firma genannt, welche die Anlage bauen wolle. Daraufhin habe sich die Verwaltung mit dieser Firma in Verbindung gesetzt. Diese habe erklärt, dass sie derzeit damit beschäftigt sei, mit den Eigentümern Pachtverträge abzuschließen. Um eine behördliche Genehmigung habe man sich noch nicht gekümmert.

Allerdings gehe eine Realisierung nicht ohne die städtischen Gremien.

Auf Nachfrage, ob der Rat beteiligt werde, antwortete Herr Jansen, dass das materielle Recht einzuhalten sei, welches derzeit noch nicht geprüft sei. Voraussetzung sei u.a. auch eine Angabe zu Anlagengröße, die die Verwaltung allerdings derzeit noch nicht habe. Weitere Daten lägen auch nicht vor. Sollte allerdings die Planungshoheit betroffen sein, ist der Rat der Stadt Geilenkirchen zu beteiligen.

Frau Hennen erkundigte sich nach dem Rewe-Areal. Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld berichtete, dass sie nicht wisse, ob die Mietverträge unterschrieben seien. Es gebe allerdings am 24.01.2025 einen Termin mit Herrn Neuburger.

Weiter erkundigte sich Frau Hennen, ob es ein Sicherheitskonzept für öffentliche Veranstaltungen gebe. Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, dass es kein für alle Veranstaltungen geltendes Sicherheitskonzept gebe. Bei städtischen Veranstaltungen unterstütze der Kommunale Ordnungsdienst. Darüber hinaus werde situationsbedingt gehandelt.

Frau Rudzki erkundigte sich danach, ob die Verwaltung Kenntnis über den Umsetzungszeitpunkt der bestehenden Windenergieanlagen hat, die repowert werden sollen. Herr Jansen erklärte, dass die Stadt Geilenkirchen nicht Genehmigungsbehörde für Windenergieanlagen sei. Die Stadt werde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens beteiligt und erhalte auch die entsprechenden Genehmigungen zur Kenntnis. Der Zeitpunkt einer Umsetzung sei allerdings nicht bekannt.

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP 8 Anfragen

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Die Sitzung endete um 18:55 Uhr.

gez.

Karl-Peter Conrads
Ausschussvorsitzender

gez.

Heinz-Hubert Geraths
Schriftführer